Stadt Geilenkirchen 21.10.2014

Einladung

zur 4. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am

Mittwoch, dem 29.10.2014, 18:00 Uhr

im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters

2. Gemeinsame "Resolution gegen PKW-Maut auf allen Straßen (außer auf der Autobahn)" der Fraktionen: CDU, SPD, Bürgerliste, Die Linke und der Partei FDP
   Vorlage: 154/2014

3. 65. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
   Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, nördlich der Hünshovener Gracht und nördlich der Mainstraße
   - Abwägung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
   - Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung
   Vorlage: 127/2014

4. Bebauungsplan Nr. 108 der Stadt Geilenkirchen
   Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, nördlich der Hünshovener Gracht und nördlich der Mainstraße
   - Abwägung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
   - Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung
   Vorlage: 128/2014

5. Benennung einer Straße im Bereich der Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, Bebauungsplan 106
   Vorlage: 140/2014

6. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
   Vorlage: 146/2014

7. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
   Vorlage: 147/2014

8. Einrichtung und Besetzung einer Stelle in den städtischen Kindertageseinrichtungen für zusätzliche Sprachförderung
   Vorlage: 158/2014

9. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

10. Fragestunde für Einwohner

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Grundstücksangelegenheiten

11.1. Verkauf eines städtischen Baugrundstückes im Bereich des Neubaugebietes Gillrath, Blasiusstraße
Vorlage: 141/2014

11.2. Verkauf von städtischen Baugrundstücken im Bereich des Neubaugebietes Geilenkirchen-Nord-Bebauungsplan 99
Vorlage: 160/2014

11.3. Veräußerung einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet SELKA
Vorlage: 139/2014

11.4. Erwerb einer Grundstücksteilfläche zur Anlegung eines Gehweges im Bereich der Bischof-Pooten-Straße
Vorlage: 159/2014

11.5. Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses über die Nutzung eines städtischen Grundstückes
Vorlage: 157/2014

12. Auftragsvergaben

12.1. Vergabe von Kanal- und Straßenbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Eburonen-, Karolinger- und Merowingerstraße
Vorlage: 125/2014

12.2. Vergabe von Stromlieferleistungen
Vorlage: 129/2014

13. Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
Vorlage: 126/2014

14. Annahme eines Vergleichsangebotes der Provinzial Versicherung zur Regulierung des Hallenbadschadens
Vorlage: 155/2014

15. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Mit freundlichen Grüßen

Fiedler
Bürgermeister

TOP Ö 2

Hauptamt
10.10.2014
154/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	29.10.2014

Gemeinsame "Resolution gegen PKW-Maut auf allen Straßen (außer auf der Autobahn)" der Fraktionen: CDU, SPD, Bürgerliste, Die Linke und der Partei FDP

Sachverhalt:

Auf die als Anlage beigefügte Resolution wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen verabschiedet die „Resolution gegen PKW-Maut auf allen Straßen (außer auf der Autobahn)“.

Anlage:

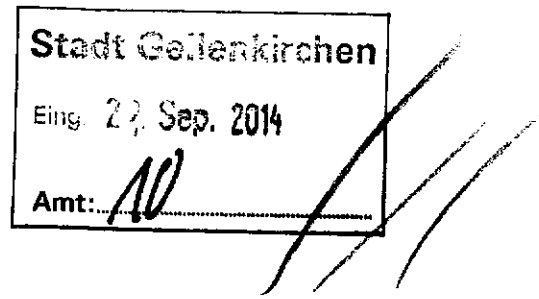
Rat 29.10.2014 Resolution Maut

(Hauptamt, Frau Schuhmachers, 02451 - 629 109)

An den Bürgermeister
Herrn Thomas Fiedler
Markt 9

52511 Geilenkirchen

Geilenkirchen, 18.09.2014 2014



Gemeinsame Resolution der Fraktionen: CDU, SPD, Bürgerliste, Die Linke und der Partei FDP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
wir bitten Sie, diese gemeinsame Resolution auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Resolution gegen PKW-Maut auf allen Straßen
(Außer auf der Autobahn)

Der Rat der Stadt Geilenkirchen bittet den Deutschen Bundestag und insbesondere die Mitglieder des Bundestages des Kreises Heinsberg, folgende Resolution bei dem Entwurf und bei der Entscheidung zum Gesetz zur „Infrastrukturabgabe" zu berücksichtigen!

Begründung:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen lehnt eine Maut auf allen Straßen ab.

Geilenkirchen, in direkter Nachbarschaft zu den Niederlanden, hat auf vielen Gebieten des täglichen Lebens regen Austausch mit seinen Nachbarn in den Niederlanden. Dies gilt insbesondere für den wirtschaftlichen Bereich (Industrie, Handwerk, Einkauf, Arbeitsplätze von Niederländern in Deutschland und umgekehrt, Gastronomie usw.).

Es gibt aber auch vielfältige soziale Kontakte. So sind Ausflüge in das benachbarte Ausland ohne die früher üblichen Grenzkontrollen zur alltäglichen Routine geworden. Freundschaften und verwandtschaftliche Verhältnisse, Beziehungen von Vereinen und Verbänden, über die Grenzen hinaus existieren in großer Zahl.

Nicht zu vergessen sind die grenzüberschreitenden politischen Beziehungen der einzelnen Kommunen untereinander.

TOP Ö 2

Sollte der Grenzübertritt demnächst mit einem Kostenaufwand verbunden sein, so kann man sich sicher sein, wird dies in den vorgenannten Bereichen – Wirtschaft, Politik, Soziale Kontakte - negative Folgen nach sich ziehen.

Wir müssen außerdem damit rechnen, dass nach Einführung einer solchen Maut die Niederlande und Belgien nachziehen werden.

In unserer Grenzregion zu den Beneluxstaaten wird der Europäische Gedanke – wie wahrscheinlich in kaum einer anderen Region – nicht nur propagiert sondern mit einer großen Selbstverständlichkeit tagtäglich gelebt.
Die Errungenschaft, den Europäischen Gedanken wirklich in sehr großen Teilen umgesetzt zu haben, nicht zuletzt aufgrund des Schengener Abkommens, würde diese Maut in hohem Maße gefährden.
Dies müssen wir kategorisch ablehnen.

Mit freundlichen Grüßen

CDU Fraktion

SPD Fraktion

Fraktion Bürgerliste Helmut Gerads

FDP (Stadtverordneter der FDP)

TOP Ö 3

Stadtentwicklungs- und Umweltamt
11.09.2014
127/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung	Vorberatung	02.10.2014
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	29.10.2014

65. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, nördlich der Hünshovener Gracht und nördlich der Mainstraße

- **Abwägung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen**
- **Verabschiedung der Flächennutzungsplanänderung**

Sachverhalt:

Auf Beschluss des Rates vom 26.03.2014 wurde in der Zeit vom 28.04. bis einschließlich 27.05.2014 der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung nach § 3 Abs. 2 BauGB offen gelegt. Stellungnahmen von privater Seite sind nicht eingegangen.

Ebenfalls wurden nach § 4 Abs. 2 die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt. Die hieraus eingegangenen Stellungnahmen sind in einem Abwägungsvorschlag dargestellt und mit einer Stellungnahme der Verwaltung und einem Beschlussvorschlag versehen.

Gegenüber dem Entwurf der Flächennutzungsplanänderung haben sich keine Veränderungen ergeben. Die Begründung und der Umweltbericht wurden geringfügig überarbeitet.

Die Flächennutzungsplanänderung könnte dann final verabschiedet werden.

Beschlussvorschlag:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird lt. Beschlussempfehlung abgewogen.

Die 65. Flächennutzungsplanänderung wird verabschiedet.

(Stadtentwicklungs- und Umweltamt, Frau Nossek, 02451 629-212)

TOP Ö 4

Stadtentwicklungs- und Umweltamt
11.09.2014
128/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung	Vorberatung	02.10.2014
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	29.10.2014

Bebauungsplan Nr. 108 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Hünshoven, nördlich der Hünshovener Gracht und nördlich der Mainstraße

- **Abwägung über die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen**
- **Verabschiedung des Bebauungsplanes als Satzung**

Sachverhalt:

Auf Beschluss des Rates vom 26.03.2014 wurde der Bebauungsplanentwurf in der Zeit vom 28.04. bis einschließlich 27.05.2014 nach § 3 Abs. 2 BauGB offen gelegt. Stellungnahmen von privater Seite sind nicht eingegangen.

Ebenfalls wurden nach § 4 Abs. 2 die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt. Die hieraus eingegangenen Stellungnahmen sind in einem Abwägungsvorschlag dargestellt und mit einer Stellungnahme der Verwaltung und einem Beschlussvorschlag versehen.

Gegenüber dem Entwurf des Bebauungsplanes haben sich keine Veränderungen ergeben. Die Begründung und der Umweltbericht wurden geringfügig überarbeitet.

Der Bebauungsplan könnte dann als Satzung verabschiedet werden.

Beschlussvorschlag:

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird lt. Beschlussempfehlung abgewogen.

Der Bebauungsplan wird als Satzung verabschiedet.

(Stadtentwicklungs- und Umweltamt, Frau Nossek, 02451 629-212)

TOP Ö 5

Dezernat III
18.09.2014
140/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	01.10.2014
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	29.10.2014

Benennung einer Straße im Bereich der Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid, Bebauungsplan 106

Sachverhalt:

Zurzeit läuft die Erschließung des zukünftigen Gewerbegebietes südwestlich der Sittarder Straße hinter der Gärtnerei Stahl. Die Arbeiten sollen Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Aus diesem Grund soll die Benennung der Erschließungsstraße vorbereitet werden.

In Ergänzung des bestehenden Gewerbegebietes an der nordöstlichen Seite der Sittarder Straße mit den Straßen Benzstraße, Gutenbergstraße, Ottostraße und Einsteinstraße sollte sich der Name der Erschließungsstraße des zukünftigen Gewerbegebietes ebenfalls im Bereich der Erfinder wiederfinden.

Bei der letzten Straßenbenennung in 2012 wurde aus den Reihen des Stadtrates angeregt, dass zukünftig bei der Vergabe von personenbezogenen Straßennamen auch Frauen Berücksichtigung finden sollen.
Aus diesem Grund wird für die Straßenbenennung der Name „Lise-Meitner-Straße“ vorgeschlagen. Lise Meitner, geb. 1878 in Wien, gest. 1968 in Cambridge, war eine bedeutende Kernphysikerin, die ab 1907 30 Jahre lang mit Otto Hahn und Otto Frisch an der Berliner Universität forschte. In Deutschland war Frauen das Studium erst ab 1909 erlaubt, so dass Meitner in ihren ersten beiden Jahren in Berlin die Universität heimlich betreten musste. 1939 gelang ihr mit Otto Hahn die physikalisch-theoretische Erklärung der Kernspaltung. Der Nobelpreis 1945 für diese Leistung blieb jedoch Otto Hahn vorbehalten. Durch die Annektierung Österreichs wurde Lise Meitner 1938 Deutsche und war als Jüdin stark gefährdet. Mit Hilfe ihrer Kollegen floh sie über die Niederlande und Dänemark nach Schweden, wo sie die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit ihren Kollegen aus der Ferne fortsetzte. Lise Meitner blieb während des II. Weltkriegs in Schweden. Als überzeugte Pazifistin lehnte sie die militärische Nutzung der Kernenergie strikt ab. Ab 1947 leitete Lise Meitner die kernphysikalische Abteilung der Universität Stockholm und erhielt zahlreiche Gastprofessuren in den USA. 1960 siedelte sie für die letzten acht Jahre ihres Lebens nach Cambridge um und setzte sich unermüdlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein.
Meitner war auch nach dem Krieg häufig Gast in Deutschland und wurde mit zahlreichen Preisen und Auszeichnungen geehrt. Sie ist eine der international höchstgeehrten und –ausgezeichneten Wissenschaftlerinnen deutscher bzw. österreichischer Herkunft. Zahlreiche Gymnasien und Straßen in vielen deutschen Städten sind nach Lise Meitner benannt. Im Hof der Humboldt-Universität Berlin steht ein Denkmal zu ihren Ehren.
Lise Meitner repräsentiert in hervorragender Weise die erfolgreiche Arbeit von Frauen in ei-

ner männerdominierten Welt der Wissenschaft und Forschung vor dem II. Weltkrieg. Sie steht stellvertretend für die jüdischen Frauen und Männer aus Wissenschaft und Kultur, die wegen des Rassismus der Nationalsozialisten aus Deutschland emigrieren mussten. Sie widersetzte sich als Pazifistin im II. Weltkrieg und im Kalten Krieg der militärischen Nutzung der Kernkraft.

Die Benennung der Straße in dem zukünftigen Gewerbegebiet wurde mit dem Ortsvorsteher abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Erschließungsanlage im Bereich des zukünftigen Gewerbegebietes Bebauungsplan 106 erhält den Namen „Lise-Meitner-Straße“.

(Dezernat III, Herr Beemelmanns, 02451 629-227)

TOP Ö 6

Kämmerei
16.10.2014
146/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	29.10.2014

Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Sachverhalt:

Für das Haushaltsjahr 2014 werden sich voraussichtlich die im Folgenden genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen ergeben, welche vom Rat zu genehmigen sind:

Produkt, Untersachkonto	Bezeichnung, *Begründung und Deckungsvorschlag*	Haushaltsansatz	Über/außerplanmäßig zu erwarten bis Jahresende	Auszahlung	Aufwand
53180.40000 06.365.01.0	**Weiterleitung eines Zuschusses an übrige Bereiche aus dem Programm plusKITA** *Im Rahmen der zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz), die zum 01.08.14 in Kraft getreten ist, erhalten die Kindertageseinrichtungen ab August 2014 Fördermittel des Landes, u. a. aus dem Programm plusKITA.* *Mit Leistungsbescheid vom 07.08.14 wurden die Mittel zugewiesen für insgesamt 5 Jahre (ab August 2014). Das Jugendamt hat die Gelder an die entsprechenden Träger weiterzuleiten.* *Die Deckung der Aufwendungen kann durch die außerplanmäßigen Mehrerträge in gleicher Höhe aus den Landzuweisungen für das Programm plus-*	0,00 €	20.835,00 €	X	X

	KITA (Untersachkonto: 41410.00000) erfolgen. *Für den städtischen Haushalt sind diese Gelder nur „durchlaufend", d. h. sie belasten den Haushalt im Ergebnis nicht.*				
53180.40001 06.365.01.0	**Weiterleitung eines Zuschusses an übrige Bereiche aus sog. Verfügungs-pauschale** *Im Rahmen der zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz), die zum 01.08.14 in Kraft getreten ist, erhalten die Kindertageseinrichtungen ab August 2014 Fördermittel des Landes, u. a. die sog. Verfügungspauschalen.* *Mit Leistungsbescheid vom 07.08.14 wurden die Mittel zugewiesen für insgesamt 5 Jahre (ab August 2014). Das Jugendamt hat die Gelder an die entsprechenden Träger weiterzuleiten.* *Die Deckung der Aufwendungen kann durch die außerplanmäßigen Mehrerträge aus Landzuweisungen für die Verfügungspauschale (in gleicher Höhe) erfolgen (Untersachkonto: 41410.00001).* *Für den städtischen Haushalt sind diese Gelder nur „durchlaufend", d. h. sie belasten den Haushalt im Ergebnis nicht.*	0,00 €	32.085,00 €	X	X
21500.71200 03.212.01.0	**Zuweisungen an Gemeinden/GV; Kostenbeteiligung der Stadt an der Beschulung der Hauptschüler aus dem Stadtgebiet Geilenkirchen** *Vertragsgemäß sind der Gemeinde Gangelt die nicht gedeckten Kosten für die Beschulung der Geilenkirchener Schülerinnen und Schüler an der*	180.000,00 €	140.000,00 €	X	X

	dortigen Hauptschule zu erstatten. Trotz rückläufiger Schülerzahlen sind die Fixkosten weiter gestiegen. Außerdem ist der Schüleransatz bei den Schlüsselzuweisungen, der Einfluss auf den gegenzurechnenden Ertrag hat, im GFG 2014 erneut abgesenkt worden, so dass das zu finanzierende Defizit weiter angestiegen ist. Die Schule wird bis zum Ende des Schuljahres 2016/17 auslaufen. *Die Deckung kann durch Mehrerträge bei Untersachkonto 81000.22000 (Konzessionsabgaben Strom) dargestellt werden.*				

Beschlussvorschlag:

Der Rat genehmigt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen.

(Kämmerei, Frau Siebert, 02451 629-112)

TOP Ö 7

Kämmerei
16.10.2014
147/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat der Stadt Geilenkirchen	Kenntnisnahme	29.10.2014

Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Sachverhalt:

Seit der Ratssitzung am 10. September haben sich die im Folgenden genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen ergeben, welche dem Rat anzuzeigen sind:

Produkt, Untersachkonto	Bezeichnung, *Begründung und Deckungsvorschlag*	Haushaltsansatz	überschritten um	Auszahlung	Aufwand
00100.46000 *01.111.02.0*	Aufwandsentschädigung für Bürgermeister und Beigeordnete *Durch eine Gesetzesänderung war die Zahlung von geringfügig höheren Aufwandsentschädigungen erforderlich geworden.*	7.272,00	100,00	X	X

Der Rat nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

(Kämmerei, Frau Siebert, 02451 629-112)

TOP Ö 8

Hauptamt
15.10.2014
158/2014

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	29.10.2014

Einrichtung und Besetzung einer Stelle in den städtischen Kindertageseinrichtungen für zusätzliche Sprachförderung

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 17.06.2014 ausführlich über die Verteilung der Landeszuschüsse im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz) beraten und beschlossen. Demnach sollen die drei städtischen Kindertageseinrichtungen Bauchem, Immendorf und Teveren Mittel für zusätzliche Sprachförderung in Höhe von je 5.000 € für die nächsten fünf Kindergartenjahre erhalten. Neben der Pauschale für die Sprachförderung wird für jede Kindertagesstätte noch eine allgemeine Verfügungspauschale (Bauchem 6.000 €, Immendorf 8.000 € und Teveren 9.000 €) entsprechend ihrer Größe bewilligt. Voraussetzung für die Förderung ist, dass über den errechneten Personalbedarf hinaus eine zusätzliche Fachkraft eingestellt wird. Das Landesjugendamt hat die Mittel mit Leistungsbescheid vom 07.08.2014 bewilligt. Sofern die Mittel nicht entsprechend verwendet werden, sind sie zu erstatten.

Die Verwaltung schlägt daher vor, eine Stelle der Entgeltgruppe S 6 TVöD im Stellenplan für eine Fachkraft im Sozial- und Erziehungsdienst befristet auf fünf Jahre einzurichten und zu besetzen.

Beschlussvorschlag:

Die Einrichtung und Besetzung der zusätzlichen Stelle für die Sprachförderung in den städtischen Kindertagesstätten nach Entgeltgruppe S 6 TVöD mit einer Befristung auf fünf Jahre wird beschlossen.

Finanzierung:

Fördermittel des Landesjugendamtes

(Hauptamt, Herr Klee, 02451 629-121)